

Wirtschaft & Politik

Gastkommentar

Der Gewinner ist Gabriel



Der Kompromiss zum Atomausstieg ist ein Erfolg für die Bundesregierung, meint **Olaf Däuper**.

Wenn Bundestag und Bundesrat heute und morgen das „Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung für die kerntechnische Entsorgung“ beschließen, dann ist Bundeswirtschaftsminister Gabriel und der Bundesregierung ein Schritt von historischer Tragweite geglückt: Der Atomausstieg, den das Bundesverfassungsgericht jüngst in seinem Urteil vom 06.12.2016 als im Wesentlichen verfassungskonform bestätigte, seine Administrierung und seine Finanzierung werden sinnvoll neu strukturiert und durch eine Vereinbarung mit den Atomkonzernen abgesichert.

Herzstück des Gesetzesvorhabens ist hierbei die Einrichtung eines „Entsorgungsfonds“. In diesen müssen die Konzerne 17,4 Mrd. Euro - das entspricht ihren Rückstellungen im Wesentlichen für Zwischen- und Endlagerung des Atommülls - einzahlen und verlieren in der Konsequenz ihre Verfügungsbefugnis über Vermögenswerte, die diese Rückstellungen abbilden. Zahlen sie zusätzlich einen ca. 35-prozentigen Aufschlag in den Fonds ein, werden sie hinsichtlich ihrer langfristigen Entsorgungsverbindlichkeiten komplett befreit.

Der Staat verzichtet auf die strikte Anwendung des Verursacherprinzips, bekommt dafür aber Insolvenzsicherheit für die Finanzmittel, die in den Fonds eingezahlt werden. Ein Kompromiss, bei dem beide Seiten einen großen Schritt aufeinander zu gemacht haben und der zur Befriedung der tiefen Gräben zwischen atom-skeptischer Zivilgesellschaft und Atomkonzernen beitragen sollte. Dass die Konzerne nicht alle anhängigen Atomklagen zurücknehmen wollen, ist vor diesem Hintergrund ärgerlich, dürfte aber am langen Ende mangels Werthaltigkeit der Klagen keine groß nachteiligen Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte haben.

Zwar ist es nicht unwahrscheinlich, dass die in den Fonds eingezahlten Mittel nicht die kompletten Kosten für Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls abdecken können. Aber der Gesetzgeber verhindert durch das Gesetz eine stärkere Belastung der Haushalte.

Eon, RWE & Co. sind in keiner guten Verfassung. Sie haben die Energiewende auch deshalb verschlafen, weil sie zu lange auf die Atomkraft als Brückentechnologie setzten. Für Stilllegung und Rückbau der Atommeiler bleiben sie verantwortlich, was kurzfristig zu spürbar höheren Rückstellungen in ihren Bilanzen führen wird.

Es ist müßig, über die Frage zu diskutieren, ob die Politik einen Atomfonds schon beim Einstieg in diese Hochrisikotechnologie hätte vorsehen sollen. Fest steht, dass sich die Bundesregierung an ein Thema gewagt hat, an das sich keiner der Vorgänger getraut hatte: weil man damit eine veritable politische Bruchlandung erleiden kann. Die Bundesregierung hat viel gewagt und viel gewonnen.

Der Autor ist Anwalt bei der Wirtschaftskanzlei Becker, Büttner, Held. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com